

Frei wie ein gestutzter Vogel

Im Parlament sollen die Angelegenheiten des Volkes offen angesprochen und nicht unter den Teppich gekehrt werden. Deshalb verpflichtet das Grundgesetz jeden einzelnen Abgeordneten als eigenständig entscheidenden Akteur. Man nennt dies „freies Mandat“.

Dagegen wird von den im Bundestag vertretenen Parteien (Fraktionen) immer wieder verstoßen. Neuerdings wieder von der SPD. Abgeordnete werden wie aufsässiges Personal behandelt. Druck, Einschüchterung, offene und versteckte Fouls – das muss man erst einmal aushalten. Den Parteien hilft, dass in kei-

nem westlichen Parlament die Rechte der Parlamentarier so zusammengestutzt sind wie bei uns. „Parlamentsrechtlich“ darf der einzelne Bundestagsabgeordnete im Bundestag nicht einmal einen eigenen Antrag einbringen oder sich zu Wort melden. „Abweichendes Stimmverhalten“ muss nach einer genau vorgeschriebenen Prozedur eigens „angemeldet“ werden.

Ohne „Fraktionszustimmung“ soll der deutsche Volksvertreter die Klappe halten, feste seiner Partei zuklatschen und sich künstlich aufregen, wenn der Gegner spricht. Das Ganze ist für Außenstehende nicht ohne Komik. Trotzdem: Dass sich diese Behandlung viele Politiker bieten lassen (und bedrängten Kollegen nicht beistehen – ganz

gleich welcher Meinung sie sind), hat auch mit der Entwicklung der Politik zum Brotberuf zu tun: So wird das Nicht-mehraufgestellt-Werden zur sozialen Katastrophe. Zu tun hat der Misstand auch mit unserem Listenwahlrecht, bei dem nicht der Wähler die Listenkandidaten reiht, sondern Parteifunktionäre. Also: Wes Brot ich ess, des Lied ich sing...

So kann man sagen, dass es eine Parallele zwischen der Machtlosigkeit der deutschen Wähler gibt und der Beschnittenheit der deutschen Parlamentarier.



Mein Herz schlägt auf dem rechten Fleck

Von Peter Gauweiler

Wie frei sind unsere Abgeordneten?

Es gilt das gebrochene Wort

Die Abgeordneten sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen. Wenn aber Volksvertreter auf der Liste einer Partei kandidieren, dann schließen sie einen doppelten Vertrag. Sie versprechen den Mitgliedern ihrer Partei und den Wählern, die Politik zu machen, die im jeweiligen Wahlprogramm festgelegt ist.

Wenn sie keine notorischen Lügner sind, sagt ihnen ihr Gewissen nach der Wahl, dass sie an das gegebene

Versprechen gebunden sind. Seit einigen Jahren er-

leben wir in Berlin einen Verfall der politischen Kultur.

Diejenigen, die ihr Wort halten wollen, werden als Verräter oder Abweichler beschimpft. Diejenigen, die ihre Meinung wechseln und wortbrüchig werden, gelten als modern und vernünftig. Wähler und Parteimitglieder müssen den Verfall der politischen Kultur stoppen.

Wer sein Wort nicht hält, wird nicht mehr aufgestellt und nicht mehr gewählt. Wer bei Arbeitslosenhilfe, Kündigungsschutz, Krankengeld oder Rente behauptet, er habe vor der Wahl andere Informationen gehabt als wenige Monate später, lügt.

Warum begünstigen die „Reformen“ die Reichen und benachteiligen das Volk? Für eine erkleckliche Zahl unserer Volksver-

treter sind nicht die Diäten die Haupteinnahmequelle, sondern die Zuwendungen, die sie als Lobbyisten von der Wirtschaft erhalten. Klar, diese Parlamentarier sind nicht frei. Bei wichtigen „Reformen“ vertreten sie das Interesse ihrer Auftraggeber und nicht das Gemeinwohl. Und anders als in den meisten Staaten der Welt wird in Deutschland die Bestechung von Abgeordneten nicht bestraft. Das muss sich ändern.

Politik darf nicht käuflich sein. Und Münteferings Truppe muss sich wie die sechs Aufrechten in der SPD-Bundestagsfraktion an ihre Wahlversprechen halten.



Mein Herz schlägt links

Von Oskar Lafontaine